



CSU
IM BUNDESTAG

#CSU liefert

Bericht der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag 2018

**Bericht der
CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
an den CSU-Parteitag,
15. September 2018
in München**



#CSU liefert

Die vergangenen Monate haben klar gezeigt: Die CSU im Bundestag ist der bürgerlich-konservative Taktgeber der Politik in Berlin!

Wir haben mit unserer traditionellen Klausurtagung in Kloster Seeon das politische Jahr kraftvoll eröffnet und unsere Positionen für eine neue Regierung im Bund klar

formuliert. Wir haben diese Positionen in den Koalitionsverhandlungen mit CDU und SPD durchgesetzt und einen christlich-sozial geprägten Koalitionsvertrag mit soliden Finanzen, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, dem Bayern-Standard bei der Sicherheit, einer Begrenzung der Zuwanderung und einem digitalen

und wirtschaftlichen Aufbruch für den Wohlstand von morgen erreicht. Und wir haben unmittelbar nach der Regierungsbildung vor einem halben Jahr schnell begonnen zu arbeiten und bereits in zahlreichen Themenfeldern konsequent geliefert:

- # Wir haben einen Rekordhaushalt mit spürbaren Entlastungen, kräftigen Investitionen in Infrastruktur und Innovationen und schwarzer Null durchgesetzt.
- # Wir haben eine Wohnraumoffensive mit Baukindergeld und Sonder-Abschreibung für neue Wohnungen gestartet.
- # Wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte abgeschafft, die Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung gesteigert und einen Masterplan Migration vorgelegt.

Damit ist ein Anfang gemacht, um in dieser Wahlperiode das Leben der Menschen in unserem Land weiter spürbar zu verbessern, unsere wirtschaftliche und soziale Stärke für die Zukunft weiter fortzuschreiben und für Recht und Ordnung zu sorgen. Das zeigt der vorliegende Bericht.

Jetzt geht es darum, das konsequent fortzusetzen und dabei auch neue finanzielle Spielräume zu nutzen, um denjenigen, die jeden Tag hart arbeiten und sich für unser Land einsetzen, etwas zurückzugeben. Wir arbeiten für weitere Entlastungen bei den Sozialbeiträgen und eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, für eine stärkere Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente, für bessere Pflege und für mehr bezahlbaren Wohnraum, aber gleichzeitig auch für mehr Investitionen in Innovationen, in den Glasfaserausbau und in unsere Sicherheit nach Innen und nach Außen. Wir wollen, dass Deutschland stark bleibt – und davon alle profitieren. Dafür stehen Ihre 46 Abgeordneten der CSU in Berlin. Dafür steht die CSU im Bundestag.

Ihr

Alexander Dobrindt MdB
Vorsitzender
der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

**KLAUSURTAGUNG
IN KLOSTER SEEON
VOM 4.–6. JANUAR 2018**



Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, eröffnet am 4. Januar 2018 die traditionelle Winterklausur.



Das oberbayerische Kloster Seeon.

GIPFELTREFFEN BÜRGERLICH-KONSERVATIVER POLITIK

Seit Jahrzehnten bildet die Klausurtagung der CSU im Bundestag den Auftakt des politischen Jahres. Neben dem CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, **Horst Seehofer**, waren auch diesmal wieder hochrangige Gäste aus dem In- und Ausland bei der Klausurtagung im oberbayerischen Kloster Seeon. Mit dem Ministerpräsidenten von Ungarn, **Viktor Orbán**, haben die Abgeordneten der CSU im Bundestag über die europäische Flüchtlingspolitik diskutiert. Ebenfalls zu Gast war der Bürgermeister von Kiew und Vorsitzende der Regierungspartei „Block Poroshenko“, **Vitali Klitschko**. Bei dem Gespräch mit dem britischen Minister für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie, **Greg Clark**, standen der Brexit und das Verhältnis Großbritanniens zur EU im Mittelpunkt.

Weitere hochrangige Gäste aus dem Inland waren der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, **Mathias Döpfner**,

der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, **Michael Kretschmer**, und der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, **Thomas Kreuzer**.

Zum Abschluss der Klausurtagung resümierte der Chef der CSU im Bundestag: „Wir haben eine Debatte über bürgerlich-konservative Werte geführt. Damit sind wir dem Anspruch gerecht geworden, dass Seeon ein Gipfeltreffen der bürgerlich-konservativen Politik ist.“ Die Ergebnisse dieser Debatte würden nun direkt in die Sondierungen eingebracht, versprach Dobrindt. Es müsse darum gehen, Familien zu stärken, ein Europa der Bürger zu schaffen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen sowie die notwendige Diskussion über Flucht, Zuwanderung und Migration zu führen. Entsprechende Positionspapiere sind in Seeon verabschiedet worden.



Klitschko

Wir sehen eine europäische Zukunft für unser Land“, sagte Vitali Klitschko in Seeon. Der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew stellte den CSU-Abgeordneten die Visionen, Werte und Ziele seines Landes vor.



Orbán

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán betonte, die CSU sei immer ein sehr guter Gesprächspartner und das Beispiel Bayerns für Ungarn stets Ansporn.



Blick über den Klostersee auf das 994 gegründete Kloster Seeon.



Medien

Am Abend diskutierten die CSU-Abgeordneten mit Mathias Döpfner, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, über zentrale Fragestellungen der Medienpolitik sowie über die aktuelle Medienlage und die Digitalisierung.



Resümee

Dobrindt zum Abschluss der Klausurtaugung: „Wir haben eine Debatte über bürgerlich-konservative Werte geführt. Es muss nun darum gehen, Familien zu stärken, ein Europa der Bürger zu schaffen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen sowie die notwendige Diskussion über Flucht, Zuwanderung und Migration zu führen.“

**VERHANDLUNGEN
FÜR EINE KOALITION
VON CDU, CSU UND SPD**



Die Verhandlungsgruppe von CSU und CDU auf dem Weg zu den Sondierungsgesprächen.

EINE NEUE DYNAMIK FÜR DEUTSCHLAND

Die Menschen in Deutschland haben der CSU im September 2017 einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Dieser Verantwortung haben wir uns seit der Bundestagswahl immer gestellt: CDU und CSU sind die einzigen Parteien, die immer gesprächsbereit waren, die von Beginn an am Verhandlungstisch saßen und dort auch sitzen geblieben sind.

Wir haben uns mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass Deutschland eine stabile Regierung bekommt. Auch in den Verhandlungen mit der SPD haben wir für unsere Überzeugungen gekämpft, haben mit unseren Verhandlungspartnern um gemeinsame Lösungen gerungen – und hatten Erfolg. Der Koalitionsvertrag trägt eine klare christlich-soziale Handschrift – mit

einer wirksamen Begrenzung der Zuwanderung, mehr Sicherheit für alle, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, einer besseren Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rente und einem digitalen und wirtschaftlichen Aufbruch für den Wohlstand von morgen

Damit haben wir unser Verhandlungsziel erreicht: Dieser Koalitionsvertrag ist ein Zukunftsplan – für eine neue Dynamik für Deutschland.

Folgende Punkte konnten wir in den Verhandlungen erreichen:

1. Solide Finanzen und breite Entlastungen:

Keine neuen Schulden – Schwarze Null in der gesamten Legislaturperiode.

2. Begrenzung der Zuwanderung:

Klares Bekenntnis, dass sich die Situation von 2015 nicht wiederholen darf. Begrenzung der Zuwanderung auf maximal 180.000 bis 220.000 Menschen pro Jahr. Abschaffung des Anspruchs auf Familiennachzug.

3. Mehr Sicherheit für alle:

Pakt für den Rechtsstaat mit 15.000 zusätzlichen Stellen bei Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern, mit 2.000 neuen Richterstellen, deutlich mehr Personal im Folgebereich, besserer Ausstattung und effizienterem Verfahrensrecht.

4. Rekordförderung für Familien:

Erhöhung des Kindergelds um monatlich 25 Euro je Kind und Monat und des Kinderfreibetrages auf 8.000 Euro. Erhöhung des Kinderzuschlags für Familien mit kleinem Einkommen. Unterstützung beim Erwerb eines Familienheims durch Baukindergeld von 1.200 Euro pro Kind und Jahr.

5. Mehr soziale Sicherheit:

Einsetzung einer Rentenkommission zur stabilen Fortentwicklung der Rente über 2025 hinaus. Verbesserungen bei der Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente (Mütterrente II). Verbesserung der Erwerbsminderungsrente.



CDU, CSU und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt.



Die Parteivorsitzenden Horst Seehofer, Angela Merkel und Olaf Scholz unterzeichnen den Vertrag.



Der Koalitionsvertrag trägt eine bürgerlich-konservative Handschrift.

6. Deutlich mehr Geld für die Bildung:

Digitalpakt Schule mit 5 Milliarden Euro für starke Digital-Infrastruktur an allen Schulen, gemeinsame Cloud-Lösung für Schulen und Qualifizierung der Lehrkräfte. 2 Milliarden Euro für Ausbau Ganztagschul- und Betreuungsangebote.

7. Mehr bezahlbarer Wohnraum und Stärkung ländlicher Raum:

Wohnraum-Offensive mit 1,5 Millionen neuen Wohnungen in den nächsten vier Jahren. Verstärkung der Mittel für Wohnungsbau und Städtebauförderung. Flächendeckender Ausbau von Gigabit-Netzen bis 2025 und Konzentration Bundesförderung auf Glasfasertechnologie.

8. Mehr Mobilität und weniger Emissionen:

Verstärkung des Investitionshochlaufs für die Infrastruktur. Planungsbeschleunigungsgesetz, u. a. zur Vereinfachung von Verfahren und Digitalisierung von Planen und Bauen.

9. Stärkung Wirtschaftsstandort:

Klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Ziel der Vollbeschäftigung. Stabilisierung der Sozialabgaben bei unter 40 Prozent.

10. Stabiles Europa und verlässliche Außenpolitik:

Klares Bekenntnis zu Europa als Stabilitätsunion und eigenverantwortlicher Haftung der Mitgliedsstaaten. Absage an Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme. Wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen und Ausbau von Frontex zu einer echten europäischen Grenzschutzpolizei.



„Die Wohnraumoffensive setzen wir weiter um. Die CSU fordert eine ausgewogene Politik, die Mieter wirksam vor der missbräuchlichen Herausmodernisierung schützt und andererseits redlichen Vermietern Rechtssicherheit gewährleistet. Neben dem Mieterschutz in Ballungsräumen ist der Wohnungsbau der Schlüssel für die Entlastung des Wohnungsmarktes, der den Wohnraum für die Menschen erhält.“

Dr. Volker Ullrich MdB
Vorsitzender AK I

ARBEITSKREIS

**INNEN, RECHT UND
VERBRAUCHERSCHUTZ,
KOMMUNALPOLITIK,
SPORT UND EHRENAMT,
KULTUR UND MEDIEN**

Wir haben den Familiennachzug für subsidiär Geschützte abgeschafft.

Wir haben das Recht auf Familiennachzug grundlegend neu geordnet. Für subsidiär Geschützte – also für Personen, die einen eingeschränkten Schutzstatus und in der Regel nur ein befristetes Bleiberecht haben – gibt es nun kein Anspruch auf Familiennachzug mehr. Dem SPD-Vorschlag, „geläuterten Gefährdten“ den Familiennachzug zu erlauben, haben wir eine klare Absage erteilt und stattdessen dafür gesorgt, dass ein Familiennachzug für Gefährdte generell ausgeschlossen ist.

Wir haben die Liste der sicheren Herkunftsländer erweitert.

Jedes Land, in dem keine generelle Verfolgungsgefahr besteht, wollen wir konsequent zum sicheren Herkunftsstaat erklären. Das entlastet die Behörden und beschleunigt die Asylverfahren. Wir haben deshalb Georgien, Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern ernannt. Wir erwarten von den Ländern, dass sie dieser Regelung im Bundesrat zustimmen.

Wir haben die AnKER-Zentren eingeführt.

Ein weiteres Schlüsselinstrument für schnellere Asylverfahren und konsequentere Abschiebungen sind die AnKER-Zentren, die wir in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben und mit denen wir alle am Asylverfahren beteiligten Behörden an einem Ort bündeln. Antragstellung, Asylentscheidung und Abschiebung werden dort zentral und zügig abgewickelt. Dabei wollen wir bundeseinheitlich regeln, dass während des gesamten Verfahrens eine Residenzpflicht von bis zu 18 Monaten und das Sachleistungsprinzip gelten. Wer bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt hat („Dublin-Fall“) und innerhalb Deutschlands aufgegriffen wird, wird ebenfalls in einem AnKER-Zentrum untergebracht. Dort besteht für ihn eine Residenzpflicht, bis über seine Ausreise entschieden ist. Bayern hat mit AnKER-Zentren bereits geliefert. Jetzt erwarten wir auch von den anderen Ländern, dass sie die gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbarten AnKER-Zentren schaffen.

Wir verpflichten Asylbewerber, am Widerrufsverfahren mitzuwirken.

Nach derzeitiger Rechtslage müssen Flüchtlinge im Widerrufsverfahren, mit dem geprüft wird, ob die Schutzgründe noch vorliegen, bei der Sachverhaltsermittlung nicht mitwirken. Das wollen wir ändern und führen deshalb eine Mitwirkungspflicht im Widerrufsverfahren ein. Außerdem wollen wir klar regeln, dass erkenntnisdienliche Maßnahmen zur Identitätsfeststellung im Widerrufsverfahren umfassend nachgeholt werden können und müssen.

Wir haben Rücknahmeabkommen geschlossen.

Deutschland nimmt mehr Asylbewerber auf als alle anderen EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Diese einseitige Lastenverteilung ist auf Dauer nicht tragbar. Wir wollen europäisches Recht wieder durchsetzen und für eine gerechte Lastenverteilung in Europa sorgen. Der Schlüssel dafür sind Rücknahmeabkommen: Flüchtlinge, die bereits in einem anderen europäischen Land registriert und trotzdem nach Deutschland weitergereist sind, müssen in ihr Erstantkunftsland zurückkehren. Der

Bundesinnenminister treibt diese Abkommen voran und hat mit Spanien und Griechenland bereits einen Durchbruch erzielt – weitere Länder folgen.

Wir erarbeiten das Fachkräfteinwanderungsgesetz.

Wenn wir in Deutschland und Bayern unsere wirtschaftliche Spitzenposition halten wollen, brauchen wir gut ausgebildete, motivierte Fachkräfte in unseren Unternehmen. Das wollen wir sicherstellen. Im Vordergrund steht dabei für uns Exzellenz bei der Ausbildung in Deutschland und der EU sowie die Mobilisierung inländischer und europäischer Potenziale. Wenn dadurch der Fachkräftebedarf nicht gedeckt werden kann, kann über ein Fachkräftezuwanderungsgesetz die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte gesteuert werden. Ein zentraler Punkt ist dabei die Voraussetzung eines Arbeitsplatzes in Deutschland – denn wir wollen qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, keine Zuwanderung aufs Arbeitsamt. In einem weiteren Schritt wollen wir in Ausbildungszustützpunkten in ausgewählten nicht-europäischen Ländern bedarfsgerecht Arbeitskräfte für Mangelberufe qualifizieren. Die

Eckpunkte hierzu liegen bereits vor. Der Gesetzentwurf wird noch in diesem Jahr vom Bundeskabinett in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

Wir haben eine Wohnraum-offensive gestartet und das Baukindergeld auf den Weg gebracht.

Wir haben unser Wahlversprechen eingelöst und rückwirkend ab 1. Januar 2018 ein Baukindergeld eingeführt, das junge Familien mit 1.200 Euro pro Jahr und Kind beim Eigentumserwerb unterstützt. Jetzt nehmen wir zügig die nächsten Schritte in Angriff: Mit einer Wohnungsbau-Sonderabschreibung sorgen wir für mehr Wohnraum im bezahlbaren Mietsegment. Mit einer umfassenden Reform des Wohnungseigentumsgesetzes vereinfachen und entbürokratisieren wir die Beschlussfassungen innerhalb von Eigentümergemeinschaften. Außerdem intensivieren wir die Förderungen von Einbruchssicherung sowie von barrierefreien und altersgerechten Sanierungen.

Wir setzen den Pakt für den Rechtsstaat um.

Im Koalitionsvertrag haben wir den Menschen versprochen, mit einem Pakt für den Rechtsstaat die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu erhalten und die Sicherheit in unserem Land zu erhöhen. Mit dem Bundeshaushalt 2018 haben wir hier bereits geliefert – mit gut 4.000 neuen Stellen und einer halben Milliarde zusätzlicher Investitionen in die Innere Sicherheit. Diesen Aufwuchs werden wir weiter vorantreiben und den Sicherheitsbehörden mehr Befugnisse an die Hand geben.

Wir haben die Musterfeststellungsklage geschaffen.

Mit der Musterfeststellungsklage haben wir dafür gesorgt, dass Kunden künftig einfacher, schneller und günstiger zu ihrem Recht kommen. Ein Verband klagt und alle betroffenen Verbraucher profitieren von dem Urteil. Gleichzeitig haben wir verhindert, dass in Deutschland eine Klageindustrie zulasten der Unternehmen und des Mittelstandes entsteht, indem wir sichergestellt haben, dass nur die Verbände klagen können, die wirklich den Verbrauchern dienen.

Wir entlasten den Bundesgerichtshof.

Wir haben sichergestellt, dass eine Nichtzulassungsbeschwerde der Revision zum Bundesgerichtshof (BGH) weiterhin nur zulässig ist, wenn der Beschwerdewert der Berufungsentscheidung 20.000 Euro übersteigt. Diese Regelung wäre am 30. Juni dieses Jahres ausgelaufen. Wir haben sie bis zum 31. Dezember 2019 verlängert. Damit verhindern wir eine Überlastung des BGH, bis wir eine umfassende Überarbeitung des Rechtsmittelsystems durchgesetzt haben.

Wir haben die Parteienfinanzierung angepasst.

Die Vermittlungsarbeit der Parteien, ohne die unsere Demokratie nicht funktionieren kann, ist deutlich anspruchsvoller geworden. Mit der Arbeit in sozialen Netzwerken ist ein ganz neues Aktionsfeld der politischen Kommunikation hinzugekommen. Die Parteien müssen investieren, um ihrem demokratischen Auftrag nachzukommen.



„Wir haben die richtigen Weichen gestellt, damit unsere Wirtschaft auch weiterhin ihre Potenziale nutzen kann. Die Herausforderungen des demografischen Wandels, der zunehmenden Digitalisierung und des Klimawandels wurden aktiv aufgegriffen und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt. Das schafft Vertrauen und Unternehmen investieren in Deutschland.“

Karl Holmeier MdB
Vorsitzender AK II

ARBEITSKREIS II

**WIRTSCHAFT UND ENERGIE,
VERKEHR UND DIGITALE
INFRASTRUKTUR,
BILDUNG UND FORSCHUNG,
TOURISMUS**

Wir halten Deutschland auf Erfolgskurs.

Die deutsche Wirtschaft ist 2017 dank der unionsgeführten Bundesregierung kräftig und das achte Jahr in Folge gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg um 2,2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2016. Der Arbeitsmarkt boomt: Im Jahr 2017 waren rund 44,3 Millionen Menschen erwerbstätig. Damit steigt die Erwerbstätigkeit kontinuierlich seit 12 Jahren. Die Arbeitslosenquote lag 2017 mit 5,7 Prozent auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung. Und: Diese positive wirtschaftliche Entwicklung setzt sich auch 2018 fort.

Wir machen noch mehr Tempo beim Infrastrukturbau.

Dauerhaften Wohlstand und Lebensqualität gibt es nur mit einer funktionierenden, modernen Infrastruktur. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode einen Investitionshochlauf gestartet und die Investitionen in unsere Infrastruktur um 40 Prozent gesteigert. Jetzt geht es darum, diese Investitionen zu verstetigen, das in der letzten Wahlperiode erreichte Rekordniveau dauerhaft zu halten und in konkrete Projekte auf der Straße,

der Schiene und der Wasserstraße umzusetzen. Das Nadelöhr sind dabei nicht mehr die Finanzen, sondern die Planungen. Deshalb haben wir ein Planungsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, dass wir in den nächsten Wochen im Deutschen Bundestag verabschieden werden. Mit diesem Gesetz werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren einfacher, effizienter, transparenter und vor allem schneller. Wir werden dabei Doppelprüfungen vermeiden, Bürokratie abbauen, die Digitalisierung bei der Bürgerbeteiligung stärken und den Klageweg verkürzen.

Wir zünden den Turbo beim Breitbandausbau.

Schnelles Internet ist unverzichtbar für Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in den Regionen. Unser Ziel ist deshalb: Bis 2025 Gigabit in ganz Deutschland. Dafür haben wir in der letzten Wahlperiode bereits konkrete Schritte unternommen, haben das erste Bundesprogramm für den Glasfaserausbau vorgelegt und eine Rekordförderung für die digitale Infrastruktur umgesetzt. Das wollen wir fortschreiben. Wir haben unser erfolgreiches Bundesbreitbandför-

derprogramm noch einmal verbessert. Wir haben die Antragstellung schneller und effizienter gestaltet, sodass die Kommunen bis zu sechs Monate Zeit sparen. Außerdem haben wir den Förderhöchstbetrag von 15 auf 30 Millionen Euro verdoppelt. Als nächsten Schritt werden wir die flächendeckende Erschließung mit Gigabit-Netzen vorbereiten – und bis Frühjahr 2019 ein entsprechendes Förderprogramm auf den Weg bringen.

Wir machen unsere Kinder fit für die digitalen Herausforderungen.

Die Digitalisierung markiert eine echte technologische Umbruchzeit. Sie verändert grundlegend unsere Art, zu leben und zu wirtschaften und birgt enorme Wohlstands- und Wachstumspotenziale. Die wollen wir nutzen und unsere Kinder schon in der Schule auf die digitale Zukunft vorbereiten – mit der Vermittlung von Digitalkompetenzen, mit Smartboards und Tablets und mit schnellem Internet in jeder Schule. Um das zu erreichen, haben wir den „Digitalpakt Schule“ durchgesetzt und einen Digitalfonds auf den Weg gebracht. Wir haben in bereits in den letzten Haushaltsverhandlungen mit einer Anschubfinanzierung von 2,4

Milliarden Euro ausgestattet und werden ihn mit den Erlösen aus der Versteigerung der 5G-Mobilfunklizenzen noch einmal kräftig erweitern.

Wir haben die Enquete-Kommission zur künstlichen Intelligenz eingesetzt.

Die künstliche Intelligenz ist eine zentrale Schlüsseltechnologie für Wirtschaft, Wachstum und Arbeit in der Zukunft. Sie birgt ein enormes Wohlstandspotenzial für Industrie, Medizin, Datenanalyse und Mobilität. Dieses Potenzial wollen wir heben. Gleichzeitig stellen sich bei der Nutzung von künstlicher Intelligenz ethische und gesellschaftliche Fragen, die wir beantworten müssen. Wir haben deshalb im Bundestag eine Enquete-Kommission eingesetzt, die das Thema umfassend diskutieren und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit künstlicher Intelligenz erarbeiten soll.

Wir haben einen klaren Rechtsrahmen für den Versicherungsvertrieb gesetzt.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Versicherungsvertrieb (IDD) haben wir den Rechtsrahmen für die Tätigkeit von Versicherungsvermittlern reformiert, unter anderem die Informations- und Dokumentationspflichten gegenüber dem Kunden ausgeweitet und Weiterbildungspflichten eingeführt. Gleichzeitig haben wir erreicht, dass die IDD weitgehend 1:1 in deutsches Recht umgesetzt und so unnötige Bürokratie vermieden wird. Mit der dazugehörigen Versicherungsvermittler-Verordnung regeln wir jetzt letzte Details zur Umsetzung. Die Verordnung soll im Herbst 2018 in Kraft treten.

Wir sorgen für einen kontinuierlichen Ausbau der Windenergie an Land.

Bürgerenergiegesellschaften konnten sich bisher ohne bundesimmissionschutzrechtliche Genehmigung an Ausschreibungen beteiligen und erhielten mehr Zeit für die Realisierung der Projekte. Dies führte im Jahr 2017 dazu, dass Bürgerenergieanlagen nahezu alle Ausschreibungen gewannen. Die Ausnahme

wurde damit zur Regel. Die Folge waren Wettbewerbsverzerrungen gegenüber nicht-privilegierten Windanlagenherstellern. Die Sonderregeln waren deshalb bereits für die ersten beiden Ausschreibungsrunden 2018 ausgesetzt worden. Diese Regelung haben wir für weitere zwei Jahre bis zum 1. Juni 2020 verlängert.



„Mit dem Bundeshaushalt 2018 setzt die Koalition die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fort. Erneut beschließt die Große Koalition einen Haushalt ohne neue Schulden. Das Ziel, die Beibehaltung der „Schwarzen Null“ konnten wir somit wiederum erreichen. Somit sind die geplanten Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro ohne neue Schulden zu finanzieren.“

Alois Rainer MdB
Vorsitzender AK III

ARBEITSKREIS III

FINANZEN UND HAUSHALT

Wir haben unser Versprechen gehalten: keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen.

Die Schwarze Null ist eines der Markenzeichen unionsgeführter Bundesregierungen. 2018 kommen wir zum fünften Mal in Folge ohne neue Schulden aus und sichern damit der nachfolgenden Generation finanzielle Spielräume und staatliche Handlungsfähigkeit. Das gelingt uns ohne Steuererhöhungen. Wir haben allen Versuchen, die Steuern für Bürger und Unternehmen zu erhöhen, eine klare Absage erteilt und auch in diesem Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass es keine Mehrbelastung der Steuerzahler geben wird.

Wir entlasten die Steuerzahler.

Wir wollen den Menschen von den Rekordsteuereinnahmen, die sie erwirtschaftet haben, etwas zurückgeben. Deshalb haben wir in den Koalitionsverhandlungen für die gesamte Legislaturperiode Entlastungen von mehr als 64 Milliarden Euro durchgesetzt. Ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression sowie zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags haben wir schon auf den Weg gebracht. Weitere kräftige Entlastungen wie der Ab-

bau des Solidaritätszuschlages und die Sonderabschreibung für Wohnraum im bezahlbaren Mietsegment werden folgen.

Wir investieren auf Rekordniveau.

Wer heute nicht an der Spitze steht bei den Investitionen, der ist morgen Schlusslicht beim Wachstum. Deshalb setzen wir im Bundeshaushalt einen klaren investiven Schwerpunkt und haben die Investitionen auf das Rekordniveau von rund 40 Milliarden Euro erhöht. Und die beste Nachricht ist: Die Verantwortung für diese Investitionen trägt die CSU. Drei Viertel dieser Investitionsmittel entfallen auf CSU-Ministerien. Die CSU ist damit auch im Bund die Investitionspartei, die mit für Sicherheit, Innovation und Zukunftsfähigkeit sorgt.

Wir haben die Mittelstandsfinanzierung verbessert.

Der Referentenentwurf zur Änderung des Wertpapierprospektgesetzes aus dem Bundesfinanzministerium sah vor, dass Unternehmen, die am Kapitalmarkt Geld aufnehmen wollen, bereits ab einem Kreditbetrag von einer Million Euro einen teuren Prospekt erstellen müssen –

obwohl das EU-Recht die Möglichkeit eröffnet, die Grenze erst bei acht Millionen Euro einzuziehen. Dieser Übererfüllung („Gold-plating“) von EU-Vorgaben haben wir einen Riegel vorgeschoben, die Schwelle auch in Deutschland bei acht Millionen Euro gesetzt und damit die Mittelstandsfinanzierung erheblich erleichtert.

Wir kämpfen für das deutsche Bankensystem.

Kleine und mittlere Banken und Sparkassen sind ein essentieller Eckpfeiler unserer Mittelstandsfinanzierung und ein wichtiger Ansprechpartner für die Sparer vor Ort. Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir kleine, regional tätige Banken mit risikoarmen Geschäftsmodellen bei der Bankenregulierung anders behandeln wollen als systemrelevante Großbanken. Für sie wollen wir regulatorische Erleichterungen einführen, um sie von überbordenden administrativen Lasten zu befreien („Small Banking Box“).

Wir kämpfen für ein Europa der Eigenverantwortung und Stabilität.

In der Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union und die Reformvorschläge des französischen Präsidenten haben wir sehr klar gemacht: Eine Transferunion wird es mit uns nicht geben. Eurobonds, eine Vergemeinschaftung von Schulden, einen europäischen Finanzausgleich, EU-Steuern, ein Eurozonen-Budget, einen europäischen Finanzminister und eine europäische Sozialversicherung lehnen wir entschieden ab. Die Kontrollmöglichkeiten des Bundestags gegenüber dem Europäischen Stabilitätsmechanismus oder einem möglichen Europäischen Währungsfonds müssen in vollem Umfang gewahrt bleiben.



„Mit der Umsetzung des „Sofortprogramms Pflege“ werden 13.000 neue Stellen für Pflegefachkräfte geschaffen und spürbare Entlastungen im Alltag der Pflegekräfte durch bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege umgesetzt. Die Versorgung der Pflegebedürftigen wird sich dadurch entscheidend verbessern.“

Stephan Stracke MdB
Vorsitzender AK IV

ARBEITSKREIS **IV**

**ARBEIT UND SOZIALES,
GESUNDHEIT UND FAMILIE**

Wir stocken die Mütterrente auf.

Wir haben in der letzten Wahlperiode die Mütterrente durchgesetzt und für jedes vor 1992 geborene Kind einen weiteren Entgeltpunkt bei der Rente erreicht. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt – mit der Mütterrente II und einem zusätzlichen halben Rentenpunkt für Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Wir haben außerdem durchgesetzt, dass das Ziel einer vollständigen Gleichstellung von Erziehungszeiten erstmals gesetzlich fixiert wird. Für diese Mütterrente III wollen wir jetzt einen klaren Fahrplan verabreden.

Wir haben ein starkes Rentenpaket geschnürt.

Wir haben vereinbart, das Rentenniveau bei 48 Prozent zu stabilisieren. Für diejenigen, die wegen einer Krankheit oder Behinderung gar nicht mehr oder nur noch stundenweise arbeiten können, werden wir die Leistungen der Erwerbsminderungsrente verbessern – und leisten damit einen echten Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut. Gleichzeitig entlasten wir Geringverdiener bei den Rentenversicherungsbeiträgen. Außerdem haben wir eine Rentenkommission eingesetzt, die Vorschläge erarbei-

ten soll, wie wir Rentenniveau und Beiträge langfristig stabil halten können.

Wir verbessern die Kita-Qualität.

Wir wollen Wahlfreiheit bei der Kindererziehung – dazu gehört die flächendeckende Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Kita-Plätzen. Genau dafür sorgt das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung, mit dem wir das Angebot in der Kinderbetreuung ausbauen und gleichzeitig die Qualität der Betreuung erhöhen. Der Bund stellt dafür bis 2021 insgesamt 3,5 Milliarden Euro bereit.

Wir entlasten bei der Arbeitslosenversicherung.

Rekordbeschäftigung und solides Wirtschaftswachstum sorgen für stetig steigende Rücklagen bei der Bundesagentur für Arbeit. Sozialkassen sind aber keine Sparkassen. Wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, dürfen die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung nicht weiter steigen. Deshalb haben wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Beitragssenkung deutlich gesteigert und senken den Beitrag zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte. Damit entlasten wir die Beitrags-

zahler um sechs Milliarden Euro.

Wir führen die Parität bei der Krankenversicherung wieder ein.

Wir haben das GKV-Versichertenentlastungsgesetz auf den Weg gebracht, sodass ab dem 1. Januar 2019 der Beitrag zur Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt wird. Dadurch müssen Arbeitnehmer und Rentner monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Um Kleinselbstständige zu entlasten haben wir außerdem den Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenkasse halbiert. Der monatliche Mindestbeitrag für Selbstständige wird zukünftig nur noch 171 Euro betragen. Das ergibt monatliche Entlastungen von bis zu 180 Euro.

Wir verbessern die Pflege.

Wir wollen die Arbeit und den Service in der Alten- und Krankenpflege spürbar und dauerhaft verbessern. Dafür haben wir das „Sofortprogramm Pflege“ aufgelegt. Wir schaffen damit Stellen für insgesamt 13.000 neue Pflegekräfte in stationären Pflegeeinrichtungen, die von den Krankenversicherungen finanziert werden. Damit haben wir auf den Koalitionsvertrag

noch einmal kräftig draufgesattelt und 5.000 Stellen mehr geschaffen, als ursprünglich vereinbart. Außerdem sorgen wir dafür, dass Tarifsteigerungen in der Krankenhauspflege künftig vollständig von den Kostenträgern übernommen werden, denn mehr Gehalt für die Pflegekräfte darf nicht weniger Service für die Kranken bedeuten.

Wir sorgen für schnellere Termine beim Arzt.

Wir wollen, dass jeder, der einen Arzt braucht, auch innerhalb kurzer Zeit einen Termin beim Arzt bekommt – egal wo er wohnt oder wo er versichert ist. Dafür haben wir ein Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung auf den Weg gebracht. Terminservicestellen werden künftig rund um die Uhr erreichbar sein.



„Wir haben vor vier Jahren auf die veränderte Sicherheitslage reagiert und den Weg der Trendwenden bei der Bundeswehr begonnen: Die Bundeswehr wächst wieder – beim Material, bei der Ausrüstung, bei den Finanzen und beim Personal.“

Dr. Reinhard Brandl MdB
Vorsitzender AK V

ARBEITSKREIS **V**

**AUSSEN UND VERTEIDIGUNG,
ANGELEGENHEITEN DER EU,
WIRTSCHAFTLICHE
ZUSAMMENARBEIT**

Wir bekämpfen die Ursachen für Flucht, Vertreibung und Armutsmigration.

Eine langfristige Lösung der Flüchtlingsfrage kann es nur mit einer Beseitigung der Fluchtursachen geben. Wir müssen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Armut bekämpfen, Infrastrukturen aufbauen, Bildungs- und Berufsperspektiven schaffen. Bereits heute sind wir einer der größten Geber für Entwicklungshilfe weltweit. Mit unserer humanitären Hilfe und wirtschaftlichen Zusammenarbeit stabilisieren wir fragile Staaten und bieten Tausenden von Menschen in ihren Heimat- oder in Transitländern eine Perspektive. Wir forcieren die enge Kooperation mit den Ländern Afrikas, bauen die Garantien für Afrika-Exporte deutscher Unternehmen aus und setzen den Marshallplan mit Afrika um, mit dem wir eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln fördern. Dieses Engagement wollen wir noch einmal steigern, haben die Ausgaben für Entwicklungshilfe auf ein neues Rekordhoch gehoben und allein im aktuellen Haushalt um 900 Millionen Euro gesteigert.

Wir stehen zur weltweiten Verantwortung Deutschlands für Frieden und Sicherheit.

Im Juni 2018 ist Deutschland zum sechsten Mal als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt worden. Dies ist ein starker Vertrauensbeweis in die deutsche Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik der unionsgeführten Bundesregierungen. Wir gehören zu den zentralen Verantwortungsträgern weltweit und stehen in zahlreichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr für Frieden und Sicherheit in der Welt ein, beispielsweise beim Kampf gegen die Terrormiliz IS oder bei den Einsätzen gegen Menschen- und Waffenschmuggel im Mittelmeerraum.

Wir setzen die Investitionswende bei der der Bundeswehr fort.

Dauerhaft kann Deutschland nur dann sicherheitspolitische Verantwortung in der Welt übernehmen, wenn wir in unserer Bundeswehr investieren. Aus diesem Grund haben wir eine echte Trendwende im Verteidigungsbereich eingeleitet – mit mehr Personal, bester Ausrüstung und mit deutlich mehr finanziellen Mitteln. Allein im aktuellen Haushalt 2018 haben wir den Ver-

teidigungsetat um 1,5 Milliarden Euro gesteigert und 2019 werden es noch einmal vier Milliarden Euro zusätzlich sein. Unser klares Ziel ist klar: Wir wollen die Nato-Vereinbarung einhalten, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Verteidigung zu investieren.

Wir bringen Europa auf Kurs bei der Migration.

Auch auf unseren Druck hin wurde am 28. Juni 2018 ein EU-Sondergipfel einberufen, der sich mit dieser Frage beschäftigt und klare Beschlüsse gefasst hat, die nun umgesetzt werden müssen. Das gilt besonders für die Ausschifungsplattformen. Die derzeitige Praxis der Schlepper ist, dass sie Flüchtlinge aktiv in Lebensgefahr bringen, indem sie die Boote zum Kentern bringen und Schlauchboote auf dem Meer anstecken. Für jedes Boot, das in so einer Situation aufgegriffen und nach Europa gebracht wird, machen sich in Afrika neue Schlepperboote auf den Weg. Um das zu verändern, müssen die Beschlüsse des Europäischen Rates umgesetzt und auch Frontex zu einer echten, schlagkräftigen Grenzschutzpolizei weiterentwickelt werden.

Wir bleiben hart gegenüber der Erdogan-Türkei.

Die Entwicklungen der letzten Monate haben uns noch einmal in unserer Haltung bestärkt, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abgebrochen werden müssen. Das Land hat sich in dramatischer Geschwindigkeit weiter von der EU entfernt – politisch und zuletzt auch im wirtschaftlichen Bereich. Die repressive und autoritäre Politik Präsident Erdogans disqualifiziert die Türkei für einen EU-Beitrittsprozess und schließt auch eine Visaliberalisierung oder eine Erweiterung der Zollunion derzeit aus. Wir haben ein Interesse, die Türkei als Sicherheits- und Wirtschaftspartner an Europa zu binden. Für eine EU-Vollmitgliedschaft gibt es jedoch keine Grundlage.



„Der Sozialstaat bietet keine Vollkaskoversicherung, aber er kommt seiner gesamtsstaatlichen Verantwortung nach und lässt die Bäuerinnen und Bauern in dieser prekären Lage nicht allein. Für die derzeit geschätzt rund 10.000 in ihrer Existenz bedrohten Betriebe in Deutschland sind Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln in Höhe von 50 Prozent der dürrebedingten Schäden vorgesehen. Insgesamt stellt die Bundesregierung für bedürftige Betriebe bis zu 170 Millionen Euro zur Verfügung.“

Marlene Mortler MdB
Vorsitzender AK VI

ARBEITSKREIS VI

**ERNÄHRUNG UND
LANDWIRTSCHAFT,
UMWELT,
NATURSCHUTZ**

Wir haben einen Zukunftshaushalt verabschiedet.

Mit dem Haushalt 2018 haben wir ein klares Bekenntnis abgegeben – zur heimischen Landwirtschaft, zu einem modernen, wettbewerbsfähigen, nachhaltigen Agrarsektor und zu einer gesunden Ernährung mit regionalen Produkten. Wir haben das Haushaltsvolumen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft auf dem hohen Niveau von 6 Milliarden Euro verstetigt und bei der Verwendung der Mittel klare Prioritäten gesetzt. Wir haben die Investitionen in Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation um 68 Millionen Euro erhöht. Denn wir wollen Innovationen wie die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz nutzen, um das Tierwohl zu steigern und zukünftig weniger Dünger und Pflanzenschutzmittel verwenden zu müssen.

Wir haben die Dürrehilfe 2018 auf den Weg gebracht.

Deutschland erlebt heuer den trockensten Sommer seit über hundert Jahren – mit gravierenden Ernteaussfällen für die Landwirte. Wir lassen unsere Bäuerinnen und Bauern in dieser Situation nicht allein. Für die bedürftigen oder in ihrer

Existenz bedrohten Betriebe stellen wir Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln in Höhe von 50 Prozent der dürrebedingten Schäden bereit – ergänzend zu dem bereits Anfang August verabschiedeten bayerischen Hilfsprogramm für Futterbaubetriebe. Insgesamt stehen für die betroffenen Betriebe bis zu 170 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Verfügung.

Wir bekämpfen die Afrikanische Schweinepest.

Eine Ausbreitung der Afrikanische Schweinepest (ASP) stellt eine ernsthafte Gefahr für die Wildschweinpopulation in unserem Land dar und hätte schwere wirtschaftliche Folgen für unsere Landwirtschaft. Wir haben deshalb eine Änderung der Schweinepestverordnung beschlossen und sorgen so für eine effiziente Bekämpfung der ASP. Den Behörden vor Ort ermöglichen wir, schneller und umfassender einzugreifen. Wir haben die ganzjährige Schonzeit für Bachen und Keiler aufgehoben, um effektiv die Schwarzwildpopulation auszudünnen und geben den Jägerinnen und Jägern damit ein wirksames Instrument gegen die ASP an die Hand.

Wir entlasten die Landwirte bei der Unfallversicherung.

Die Arbeit unserer Landwirte ist unschätzbar wertvoll für unser Land. Sie sorgen für gesunde Lebensmittel, pflegen unsere Landschaft und halten unsere Regionen lebenswert. Gleichzeitig ist ihre Arbeit anstrengend und herausfordernd. Deshalb brauchen wir eine Landwirtschaftliche Unfallversicherung, die die Land- und Forstwirte wirksam absichert und gleichzeitig bezahlbar ist. Deshalb haben wir den Bundeszuschuss bereits in der letzten Legislaturperiode von 100 auf 178 Millionen Euro nahezu verdoppelt und die Landwirte damit spürbar entlastet. Diesen Betrag konnten wir im aktuellen Haushalt verstetigen und für den Rest der Legislaturperiode sichern. Das heißt, für unsere kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft in Bayern bleibt die Unfallversicherung auch in Zeiten niedriger Weltmarktpreise und schwieriger Witterungsbedingungen verlässlich und bezahlbar.

Wir haben die 70-Tage-Regelung für Saisonarbeitskräfte entfristet.

Unsere Betriebe brauchen qualifizierte Saisonarbeitskräfte – die Landwirte brauchen sie für die Ernte, die Hoteliers und Gastwirte brauchen sie um Arbeitsspitzen in der Hochsaison abzufedern. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass die Unternehmen Arbeitskräfte für bis zu 70 Tage einstellen können, ohne dass dafür Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge fällig werden. Bisher war diese Regelung bis 2017 befristet gewesen, wir haben sie jetzt entfristet. Wir ermöglichen den Arbeitskräften damit dauerhaft mehr Netto vom Brutto, halten die Betriebe trotz gestiegener Lohnkosten international wettbewerbsfähig und unterstützen die heimische Produktion hochwertiger Lebensmittel.



**AUS BAYERN.
FÜR DEUTSCHLAND.
IHRE ABGEORDNETEN
DER CSU IM BUNDESTAG**

Name	Wahlkreis
Auernhammer, Artur	Ansbach
Aumer, Peter	Regensburg
Bär, Dorothee	Bad Kissingen
Brandl, Dr. Reinhard	Ingolstadt
Brehm, Sebastian	Nürnberg-Nord
Dobrindt, Alexander	Weilheim
Durz, Hansjörg	Augsburg-Land
Erndl, Thomas	Deggendorf
Friedrich, Dr. Hans-Peter	Hof
Frieser, Michael	Nürnberg-Süd
Hahn, Florian	München-Land
Hoffmann, Alexander	Main-Spessart
Holmeier, Karl	Schwandorf
Irlstorfer, Erich	Freising
Karl, Alois	Amberg
Kießling, Michael	Starnberg – Landsberg am Lech
Kuffer, Michael	München-Süd
Lange, Ulrich	Donau-Ries
Launert, Dr. Silke	Bayreuth
Lehrieder, Paul	Würzburg
Lenz, Dr. Andreas	Erding - Ebersberg
Lindholz, Andrea	Aschaffenburg
Loos, Bernhard	München-Nord

Name	Wahlkreis
Ludwig, Daniela	Rosenheim
Mayer, Stephan	Altötting
Michelbach, Dr. h.c. Hans	Coburg
Mortler, Marlene	Roth
Müller, Dr. Gerd	Oberallgäu
Müller, Stefan	Erlangen
Nüßlein, Dr. Georg	Neu-Ulm
Oßner, Florian	Landshut
Pilsinger, Stephan	München-West/Mitte
Radwan, Alexander	Bad Tölz, Wolfratshausen-Miesbach
Rainer, Alois	Straubing
Ramsauer, Dr. Peter	Traunstein
Rupprecht, Albert	Weiden
Scheuer, Dr. Andreas	Passau
Schmidt, Christian	Fürth
Silberhorn, Thomas	Bamberg
Staffler, Katrin	Fürstenfeldbruck
Stefinger, Dr. Wolfgang	München-Ost
Stracke, Stephan	Ostallgäu
Straubinger, Max	Rottal-Inn
Ullrich, Dr. Volker	Augsburg-Stadt
Weisgerber, Dr. Anja	Schweinfurt
Zeulner, Emmi	Kulmbach

Impressum

Herausgeber:
Stefan Müller MdB,
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe

Bildnachweise:
S.4: Florian Gaertner/photothek.net
S.8/10/11: Joerg Koch
S.14: Kay Nietfeld
S.16 oben: Michael Kappeler
S.16 unten links: Gregor Fischer
S.16 unten rechts: Maurizio Gambarini
S.18/24/30/34/42: © 2018 tokography/
Tobias Koch (www.tobiaskoch.net)
S.38: Allan Riedel
S.46: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

